Deutscher Bundestag
4. Wahlperiode

Drucksache IV/3424

Mündliche Anfragen

gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde) für die

184. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 19. Mai 1965

185. Sitzung des Deutschen Bundestages am Donnerstag, dem 20. Mai 1965

186. Sitzung des Deutschen Bundestages am Freitag, dem 21. Mai 1965

I. Geschäftsbereich des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen

I. 1. Abgeordneter **Fritsch**

Welche Folgerungen gedenkt die Bundesregierung aus den Feststellungen des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen zu ziehen, daß die Förderungsmaßnahmen für das Zonenrandgebiet der Koordinierung und der Verstärkung bedürfen?

I. 2. Abgeordneter **Fritsch**

Hat der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen dem Bundeskabinett bereits Vorschläge für eine Verbesserung der Zonenrandhilfe im Sinne seiner wiederholten Darlegungen anläßlich des Besuches des Bundestagsausschusses für gesamtdeutsche und Berliner Fragen im Zonenrandgebiet unterbreitet?

II. Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

Abgeordneter **Börner**

Welche niedersächsischen und hessischen Standorte der Bundeswehr sind in die Regelungen für „besonders abgelegene Standorte" (Einöd-Standorte) z. B. in der Frage der Wohnungsfürsorge und der Bundesbediensteten-miete einbezogen?

III. Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

III. 1. Abgeordnete **Frau Freyh (Frankfurt)**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die seit einiger Zeit für öffentliche Telefonzellen eingeführten Telefonapparate für den Selbstwählverkehr mit 10-Pfennig-Zählwerk weitaus häufiger den Dienst versagen als die vorher verwandten Modelle?

III. 2. Abgeordnete **Frau Freyh (Frankfurt)**

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um dem in der Frage III/1 dargestellten Mißstand zu begegnen?

Druck: Buchdruckerei Peter Meier, 5201 Buisdorf/Siegburg
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

IV. Geschäftsbereich des Bundesministers für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung

IV.	1. Abgeordneter **Brück**	Ist die Bundesregierung bereit, darauf einzuwirken, daß die durchschnittlichen Förderungsbeträge (öffentliche Baudarlehen, Wohnungsfürsorgedarlehen, Aufwandsbeihilfen und Zinszuschüsse) für die Bediensteten des öffentlichen Dienstes möglichst einheitlich festgesetzt werden?
IV.	2. Abgeordneter **Brück**	Ist bekannt, daß die Förderungsbeträge für die Bediensteten der Deutschen Bundesbahn erheblich unter dem Wohnungsfürsorgedarlehen der übrigen Bundesbediensteten liegen?

V. Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

V	1. Abgeordneter **Jahn**	Ist die Bundesregierung nunmehr bereit, meine Frage zu beantworten, ob sie willens ist, im Entwurf des Vierten Gesetzes zur Änderung beamtenrechtlicher und besoldungsrechtlicher Vorschriften eine Änderung des § 53 Abs. 2 Bundesbesoldungsgesetz dahin vorzuschlagen, daß Richter in der Eingangsgruppe ihrer Laufbahn bereits von der 6. Dienstaltersstufe an das Grundgehalt der Besoldungsgruppe A 14 erhalten können?
V.	2. Abgeordneter **Dr. Kempfler**	Hat die Bundesregierung schon darüber Erwägungen angestellt, ob die Tatsache der erhöhten Lebenserwartung und der gesteigerten Leistungsfähigkeit im Alter nicht Konsequenzen in der Beamtengesetzgebung, namentlich hinsichtlich der Festsetzung der Altersgrenzen haben muß?
V.	3. Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**	Haben die nunmehr weitgehend abgeschlossenen Verhandlungen über die Neuregelung der Altersversorgung der Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst zu einer Verbesserung der Altersversorgung derjenigen Angestellten geführt, die erst in einem vorgerückten Lebensalter in den öffentlichen Dienst eingetreten sind?
V.	4. Abgeordneter **Kahn-Ackermann**	Ist die Bundesregierung bereit, bei von der deutschen UNESCO-Kommission auszusprechenden Einladungen an Angehörige osteuropäischer Länder die langwierigen Visaprozeduren durch ein vereinfachtes Verfahren abzukürzen?
V.	5. Abgeordneter **Dröscher**	Wann können die Familien der Wehrpflichtigen, die zur Zeit ihren Grundwehrdienst leisten, mit der seit langem in Aussicht gestellten Erhöhung der Sätze des Unterhaltssicherungsgesetzes rechnen?

VI. Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

VI. 1. Abgeordneter **Dr. Bucher**

Trifft es zu, daß in dem Falle des am 27. November 1947 vom Schwurgericht Lindau wegen Mordes zu Zuchthaus und Sicherungsverwahrung verurteilten Johann Lettenbauer die Polizeibehörde von Eitorf am 9. Januar 1950 in einem Schreiben die Kriminalpolizei in Lindau darauf hingewiesen hat, daß für jenen Mord zwei andere Personen als Täter in Frage kommen?

VI. 2. Abgeordneter **Dr. Bucher**

Treffen Pressemeldungen zu, daß die Beamten der Kriminalpolizei in Eitorf von der Staatsanwaltschaft in Kempten zum Stillschweigen über die in Frage VI/1 erwähnten und die damit zusammenhängenden Vorgänge verpflichtet worden sind?

VI. 3. Abgeordneter **Fritsch**

Hält die Bundesregierung den Begriff des Armenrechts noch für zeitgerecht?

VI. 4. Abgeordneter **Dr. Wuermeling**

Welches Ergebnis hatte die vom Bundesjustizminister in der Fragestunde am 6. Mai zugesagte Fühlungnahme mit Bundesminister Dr. Mende betr. Abgabe einer fairen Erklärung zu der Meldung der Rheinzeitung vom 3./4. April, derzufolge der Bundestag bei seinem Beschluß zur Verjährung der nationalsozialistischen Mordtaten unter dem Druck oder Eindruck innerer und äußerer Pressionen gehandelt habe?

VI. 5. Abgeordneter **Dr. Wuermeling**

Hat Bundesminister Dr. Mende sein Einverständnis dazu gegeben, daß das Tonband der Aufnahme seiner Ausführungen zu dem in Frage VI/4 berührten Punkt einschließlich der „enthusiastischen" Beifallskundgebungen zur Vorführung in einem Bundestagsausschuß zur Verfügung gestellt wird?

VI. 6. Abgeordneter **Dr. Wuermeling**

Warum hat Bundesminister Dr. Mende nicht sofort nach Kenntnis des Berichtes der Rheinzeitung vom 3./4. April eine Berichtigung an die Rheinzeitung gesandt, nachdem er festgestellt hatte, daß mindestens die in der Rheinzeitung wiedergegebene Fassung seiner Ausführungen nicht nur „die Zusammenarbeit im Kabinett gefährden" muß, sondern auch „das Ansehen demokratischer Einrichtungen zu mindern" geeignet ist, wie der Bundesjustizminister in der Fragestunde am 6. Mai formuliert hat?

VII. Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

VII. 1. Abgeordnete **Frau Haas**

Teilt die Bundesregierung meine Ansicht, daß bei den großen öffentlichen Baustellen anstatt oder wenigstens neben den üblichen schön klingenden Slogans (z. B.: München wird

schöner!) die finanzielle Beteiligung des Bundes angegeben werden sollte, um dem Bürger die Zusammenarbeit des Bundes mit Ländern und Kommunen eindringlich vor Augen zu führen?

VII. 2. Abgeordneter **Dröscher**

Werden die deutschen Steuerzahler geschädigt, wenn, wie im US-Depot Nahbollenbach geschehen, deutsche Angestellte von den Stationierungskräften deshalb entlassen wurden, weil sie Diebstähle angezeigt hatten (zu Recht — wie die Auskunft der Oberstaatsanwaltschaft Bad Kreuznach vom 16. März 1965 besagt) und nunmehr erhebliche finanzielle Forderungen gegen die Bundesrepublik geltend machen können, da sich ihre Entlassung eindeutig als zu Unrecht erwiesen hat?

VII. 3. Abgeordneter **Dr. Müller-Emmert*)**

Wie ist der Stand der Abwicklung der Entschädigungsfälle des „BRANDARIS-Komplexes"?

VII. 4. Abgeordneter **Dr. Müller-Emmert*)**

Ist die Bundesregierung im Interesse einer beschleunigten Abwicklung der Entschädigungsfälle des „BRANDARIS-Komplexes" bereit, in den Fällen, in denen die Vorprüfung durch deutsche Behörden die Berechtigung der Schadensersatzforderung ergibt, in Höhe von 50% der geprüften Forderung in Vorlage zu treten und später mit den zuständigen amerikanischen Dienststellen eine Verrechnung durchzuführen?

VII. 5. Abgeordneter **Könen (Düsseldorf)**

Aus welchen Gründen hat der Bundesfinanzminister die Mittelbereitstellung für das in einem Vertrag zwischen der Deutschen Bundesbahn, dem Land Nordrhein-Westfalen und der Stadt Düsseldorf vorgesehene Projekt einer Verbesserung des Personenverkehrs (S-Bahn) im Raume Düsseldorf abgelehnt?

VII. 6. Abgeordneter **Könen (Düsseldorf)**

War dem Bundesfinanzminister im Zeitpunkt der Ablehnung der in Frage VII/5 bezeichneten Mittelbereitstellung der Inhalt des Vertrages und die Stellungnahme des Bundesverkehrsministeriums bekannt?

VII. 7. Abgeordneter **Könen (Düsseldorf)**

Ist der Bundesfinanzminister gegebenenfalls bereit, nach eingehender Prüfung des in Frage VII/6 erwähnten abgeschlossenen Vertrages anzuerkennen, daß die Deutsche Bundesbahn als Unternehmen unter denkbar günstigen Bedingungen ein Projekt verwirklichen kann, das für sie kein Defizit bringt, sondern neben der besseren Verkehrsbedienung für die Bevölkerung auch den Vorteil einer wirtschaftlichen Anlage?

*) *Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

VIII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

VIII. 1. Abgeordneter **Paul**

Sind die Zeitungsberichte zutreffend, daß der Bundeskanzler am 10. Mai 1965 vor der Aktionsgemeinschaft „Soziale Marktwirtschaft" eine heftige Kritik an der Zusammensetzung der Ausschüsse im Deutschen Bundestag geübt und von einer „Addition von Gruppeninteressen im Parlament" gesprochen hat?

VIII. 2. Abgeordneter **Dr. Kohut**

Wie lange will die Bundesregierung die durch das Röhrenembargo geschädigten Firmen auf die Erfüllung ihrer berechtigten Entschädigungsansprüche noch warten lassen?

VIII. 3. Abgeordneter **Seibert**

Treffen Vermutungen zu, denen zufolge der Bundeswirtschaftsminister am 28. April 1965 den Vertretern von Großunternehmen des Einzelhandels im Wettbewerb mit dem mittelständischen Handel eine Selbstbeschränkung nahegelegt haben soll?

VIII. 4. Abgeordneter **Seibert**

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß eine Selbstbeschränkung wie in Frage VIII/3 bezeichnet und ein Verzicht auf — von der Kostenlage rationeller Verteilerbetriebe aus betrachtet — mögliche Preissenkungen die Gefahr in sich birgt, das Warenangebot zu verteuern bzw. Verbilligungen zu verhindern?

VIII. 5. Abgeordneter **Kahn-Ackermann**

Was gedenkt die Bundesregierung in Zukunft zu tun, um künftig Verordnungen der EWG-Kommission von dem Grundgesetz widersprechenden Begriffsbestimmungen freizuhalten?

VIII. 6. Abgeordneter **Kahn-Ackermann**

Wie interpretiert die Bundesregierung den in dem Vorschlag der EWG-Kommission an den Rat für eine Zweite Richtlinie zur Durchführung der Allgemeinen Programme zur Aufhebung der Beschränkung der Niederlassungsfreiheit und des freien Dienstleistungsverkehrs auf dem Gebiet des Filmwesens in Artikel 6 enthaltenen Passus, in dem von einer Inlandzensur in der Bundesrepublik die Rede ist?

IX. Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

IX. 1. Abgeordneter **Dr. Kohut**

Ist der Bundesregierung bekannt, unter welchen unzulänglichen Verhältnissen die Mitarbeiter des Instituts für biologische Schädlingsbekämpfung der Biologischen Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft in Darmstadt arbeiten müssen?

IX. 2. Abgeordneter **Dr. Kohut**

Wann wird die Bundesregierung das Institut für biologische Schädlingsbekämpfung zwecks Verbesserung der Arbeitsverhältnisse räumlich besser unterbringen?

IX. 3. Abgeordneter **Ehnes**

Trifft es zu, daß Jugoslawien sein ihm vertraglich zugestandenes Hopfenimportkontingent von jährlich 14 000 Zentnern Hopfen im laufenden Wirtschaftsjahr (1. Juli bis 30. Juni) bereits um 8242 Zentner (Stand: Ende Februar 1965) überschritten hat?

IX. 4. Abgeordneter **Ehnes**

Wird durch die bisher mehreingeführte Menge von Hopfen aus Jugoslawien für sich oder im Zusammenhang mit Importen aus weiteren Ländern der Absatz des deutschen Hopfenbaues behindert?

IX. 5. Abgeordneter **Ehnes**

Muß auf Grund der in Frage IX/3 bezeichneten jugoslawischen Vertragsverletzung eine Wiedereinführung der Genehmigungspflicht für Hopfeneinfuhren in Erwägung gezogen werden, oder genügt es, wenn man die in diesem Wirtschaftsjahr mehreingeführte Menge auf das Kontingent des nächstfolgenden Wirtschaftsjahres anrechnet?

X. Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

X. 1. Abgeordneter **Jahn**

Welches Ergebnis hat die weitere Erörterung und Prüfung der Frage der privaten Strafjustiz in Form von „Betriebsgerichten" in der vom Bundesarbeitsminister in der Fragestunde des Bundestages vom 7. April 1965 angekündigten Besprechung der Arbeitsrechtsreferenten der Länder gehabt?

X. 2. Abgeordneter **Jahn**

Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß die jährliche Ausgabe eines dreiseitigen Fragebogens mit zweiseitigem Merkblatt sowie einer Haushaltsbescheinigung, eines Ergänzungsblattes und einer Verdienstbescheinigung durch die Arbeitsämter als Voraussetzung für den Bezug von Kindergeld mit den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung vereinbart werden kann?

X. 3. Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**

Wann wird die Bundesregierung die Rechtsverordnung zu § 604 der Reichsversicherungsordnung in der Fassung des Unfallversicherungs-Neuregelungsgesetzes vom 30. April 1963 erlassen?

XI. Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

XI. 1. Abgeordneter **Balkenhol**

Welche Planungsabsichten bestehen für die B 63/479 Werl — Neheim-Hüsten und die B 7 Iserlohn — Brilon, um die starken Ver-

		kehrsbehinderungen beim Erholungsverkehr vom Ruhrgebiet ins Sauerland, besonders an den Wochenenden und Feiertagen, zu beseitigen?
XI.	2. Abgeordneter **Balkenhol**	Welche Regelquerschnitte sind für die in Frage XI/1 genannten Straßenzüge vorgesehen?
XI.	3. Abgeordneter **Balkenhol**	Ist bis zum Neubau der B 7 noch mit einem Ausbau des alten Straßenzuges in den überlasteten Abschnitten zu rechnen?
XI	4. Abgeordneter **Dr. Hoven**	Ist der Bundesregierung bekannt, daß erhebliche Unruhe in der Öffentlichkeit, insbesondere in Kreisen der Wirtschaft entstanden ist, weil Rationalisierungsmaßnahmen der Deutschen Bundesbahn erst durch Presseveröffentlichungen bekanntgeworden sind, die sich an Vorentwürfen für den Sommerfahrplan orientieren?
XI.	5. Abgeordneter **Dr. Hoven**	Welche Stellen werden von der Deutschen Bundesbahn vor der Durchführung von Rationalisierungsmaßnahmen gehört?
XI	6. Abgeordneter **Dr. Hoven**	Hält die Bundesregierung es für zweckmäßig, die Öffentlichkeit darüber zu informieren, welche Rationalisierungsmaßnahmen der Deutschen Bundesbahn durchgeführt bzw. geplant sind?
XI.	7. Abgeordneter **Dröscher**	Ist die Bundesregierung angesichts der Bedeutung der Hunsrückhöhenstraße als immer stärker auch von Kolonnenverkehr benutzter Ost-West-Verbindung zwischen Rhein und Saar bereit, für baldige Instandsetzung des sich rapid verschlechternden Oberflächenzustandes zu sorgen?
XI.	8. Abgeordneter **Dr. Müller-Emmert*)**	Bis wann ist damit zu rechnen, daß die Bundesstraßen 37 und 48 voll ausgebaut und insbesondere Umgehungsstraßen bei Hochspeyer und Fischbach, Bürgermeisterei Hochspeyer, gebaut werden und zugleich der schienengleiche Bahnübergang bei Fischbach, an dem sich schon viele tödliche Unfälle ereignet haben, beseitigt wird?

XII. Geschäftsbereich des Bundesschatzministers

XII.	1. Abgeordneter **Dorn**	Was hat die Bundesregierung seit Bekanntwerden der Tuberkulosefälle in der Bonner Loekaserne unternommen, um den Mietern dieses Hauses zu helfen?

*) *Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

XII. 2. Abgeordneter **Dorn**

Treffen die Klagen des Bonner Oberstadtdirektors zu, daß die Stadt seit 1960 versucht, in dem in Frage XII/1 bezeichneten Haus wenigstens administrativ tätig werden zu dürfen, dies aber immer an Schwierigkeiten gescheitert ist, die von der Bundesvermögensstelle gemacht worden seien?

XII. 3. Abgeordneter **Dorn**

Will die Bundesregierung etwas zur Abstellung des Mißstandes des in Frage XII/1 bezeichneten Hauses veranlassen, indem sie entweder die sanitären und wohnlichen Verhältnisse des Hauses verbessert oder es abreißt?

XIII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheitswesen

XIII. 1. Abgeordnete **Frau Blohm**

Beabsichtigt die Bundesregierung eine ähnliche, moderne und sinnvolle Regelung vorzusehen, wie sie in Frankreich beabsichtigt ist, wo vorgeschrieben werden soll, daß Flaschen, die hygienische Getränke und solche, die flüssige Nahrungmittel enthalten, nur noch zum Verkauf angeboten werden dürfen, wenn sie mit einer Verschlußvorrichtung, die nur einmal benutzt werden kann, versehen sind?

XIII. 2. Abgeordneter **Josten**

Wie hoch ist die Zahl der spastisch gelähmten Kinder im Bundesgebiet?

XIII. 3. Abgeordneter **Josten**

Welche Möglichkeiten bestehen zur Unterrichtung der spastisch gelähmten Kinder im Bundesgebiet?

Bonn, den 17. Mai 1965